

LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion
FrankfurtRheinMain

26.06.2019

Poststraße 16
60329 Frankfurt am Main
☎ +49 69 2577 1538
✉ europa@region-frankfurt.de
www.europabuero-frm.de



INHALTSVERZEICHNIS

AKTUELLES AUS DER EU	2
Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027: Kommission fordert Einigung	2
Europäischer Rat: Diskussion künftiger Leitlinien und Spitzenposten der EU	3
Brexit: Aktueller Stand und Vorbereitung auf einen No-Deal-Brexit	4
VERKEHR UND MOBILITÄT	4
SUMP: Neue Richtlinien und Konsultation	4
Drohnenverkehr: EU-Kommission erlässt Durchführungsrechtsakt	5
EUGH: PKW-Maut in Deutschland nicht EU-rechtskonform	5
ENERGIE, KLIMA UND UMWELT	6
Energieunion: Kommission evaluiert nationale Energie- und Klimapläne	6
Plastikverbot: Richtlinie unterzeichnet	7
WIRTSCHAFT, FORSCHUNG UND INNOVATION	7
Digitalisierung: Rat-Schlussfolgerung und Kommissions-Index	7
Horizont 2020: Förderaufrufe zu Forschung und Innovation im Energiesektor	8
FOLGEN SIE UNS AUF TWITTER!	9

Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027: Kommission fordert Einigung

Im Vorfeld des Gipfels der Rats- und Regierungschefs am 20. und 21. Juni 2019 hat die Europäische Kommission eine [Mitteilung „Fahrplan für eine Einigung über den langfristigen Haushalt der Union für den Zeitraum 2021-2027“](#) (zur Zeit nur in englischer Sprache) veröffentlicht. Darin zeigt die Kommission auf, in welchen Punkten sich Rat, Parlament und Kommission beim Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 (MFR) einigen konnten und an welcher Stelle noch Unklarheiten bestehen.

Insgesamt 37 Programme werden im Rahmen des MFR verhandelt. Bei zwölf Programmen konnte bereits eine partielle Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat getroffen werden. Dazu gehören u. a. das Forschungsprogramm Horizont Europe, das Umweltprogramm Life, das Infrastrukturprogramm Connecting Europe Facility sowie das neue Förderprogramm Digital Europe. Bei 16 weiteren Programmen können bis Ende diesen Jahres die Verhandlungen zwischen Rat, EU-Parlament und Kommission beginnen. Dies betrifft den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds+, Erasmus sowie den Asyl- und Migrationsfonds. Bei zehn Programmen konnte sich das Parlament noch vor der Europawahl auf eine Position einigen können, z. B. zum Meeres- und Fischereifonds. Bei der gemeinsamen Agrarpolitik konnten sich hingegen weder das Europäische Parlament noch der Rat auf eine Position einigen.

Verzögerungen bei den Verhandlungen zum MFR könnten zu einem verspäteten Start der nächsten Förderperiode führen. Die Kommission fordert daher in der Mitteilung eine schnelle Einigung, insbesondere zur Mittelausstattung. Hierzu rief die Kommission den Rat auf, einen konkreten Zeitplan abzustimmen. Allerdings haben die Rats- und Regierungschefs auf ihrem Treffen in Brüssel keine expliziten Beschlüsse zum MFR gefasst (vgl. Artikel in diesem Europa Info, S. 2). Größter Streitpunkt der Mitgliedstaaten ist dabei die Frage der Mittelausstattung.

Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain hat Anfang Juni 2019 eine [Stellungnahme zum MFR 2021-2027](#) veröffentlicht und die Bundesregierung dazu aufgerufen, sich für eine zügige Einigung im Rat sowie für eine ausreichende Finanzausstattung einzusetzen.

Hintergrund:

Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU legt die verfügbaren Mittel für die Umsetzung der EU-Politik fest. Die Europäische Kommission hat im Mai 2018 einen [Vorschlag für den MFR für die Jahre 2021-2027](#) vorgelegt (vgl. [Europa Info 05/2018](#), S. 1). Dabei hatte die Europäische Kommission u. a. gefordert, dass mehr Gelder für neue Aufgaben in den Bereichen Sicherheit, Migration und Klima verausgabt werden sollen. Auf der anderen Seite müssen die Mitgliedstaaten den wahrscheinlichen Austritt des Nettozahlers Großbritannien kompensieren. Nicht alle Mitgliedstaaten sind mit einer Erhöhung des EU-Budgets einverstanden.

Europäischer Rat: Diskussion künftiger Leitlinien und Spitzenposten der EU

Die Staats- und Regierungschefs der EU trafen sich am 20. und 21. Juni 2019 in Brüssel. Dabei wurde, wie angekündigt, „[Eine neue Strategische Agenda 2019-2024](#)“ (vgl. [Europa Info 5/2019](#), S. 3) verabschiedet. Keine Einigung konnte zu ambitionierteren Klimazielen und zur Besetzung von EU-Spitzenposten nach der Europawahl gefunden werden.

Mit der Annahme [einer neuen Strategischen Agenda](#) setzten die Staats- und Regierungschefs die Ausrichtung der europäischen Prioritäten für den Zeitraum 2019–2024 fest. Die Strategische Agenda umfasst vier zentrale Punkte:

- ★ Schutz der Bürger und ihrer Freiheiten (u. a. Rechtsstaatlichkeit und Reform des gemeinsamen Asylsystems);
- ★ Die wirtschaftliche Basis (u. a. stärkere Investitionen in Zukunftssektoren und ein faires Wirtschaftssystem);
- ★ Umwelt, Klimaschutz und sozialer Zusammenhalt (u. a. Energiewende, nachhaltige Mobilität, Abbau von Ungleichheiten);
- ★ Förderung der Interessen und Werte der EU in der Welt (u. a. außenpolitische Maßnahmen und Angehen globaler Herausforderungen).

Über das von der Kommission vorgeschlagene und von vielen Mitgliedstaaten angestrebte Ziel der Klimaneutralität bis 2050 konnte keine Einigung erzielt werden (vgl. [Europa Info 10/2018](#), S. 7). Widerstand gab es dabei vor allem aus einigen osteuropäischen Mitgliedstaaten, deren Energiebedarf zu einem Großteil von Kohle gedeckt wird. In einer Fußnote ist nun vermerkt, dass eine „große Anzahl Staaten“ das 2050-Ziel unterstütze, u. a. die deutsche Bundesregierung.

Weiterhin wurde über die Besetzung von Spitzenposten in der EU diskutiert. Wie bei den vorherigen Gipfeln konnte dabei keine Einigkeit erreicht werden. Die Debatte fokussierte sich insbesondere auf die Nachfolge von Kommissionspräsident Juncker, wobei keiner der drei Spitzenkandidaten oder Vertreter der größten Fraktionen (Manfred Weber (EVP), Frans Timmermans (S&D) und Margarethe Vestager (Renew Europe, neue liberale Fraktion) eine mehrheitsfähige Unterstützung erhielt.

Ende Juni 2019 soll nun ein Sondergipfel über die Nominierung eines Kandidaten und die Vergabe weiterer EU-Spitzenposten entscheiden. Dies betrifft neben einem neuen Kommissionspräsidenten das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments, einen neuen Präsidenten des Europäischen Rates, den Präsidenten der Europäischen Zentralbank und auch das Amt des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik.

Ratspräsident Donald Tusk wurde im Vorfeld des Rats damit beauftragt, die Personalfindung für die verschiedenen Spitzenposten zu sondieren. Für das weitere Vorgehen schlug er nun eine „Paket-Lösung“ vor. Dabei sollen die Spitzenposten unter Berücksichtigung der Kriterien politische Zugehörigkeit, geographische Verteilung, Größe der Mitgliedstaaten sowie Geschlecht der Kandidaten vergeben werden.

Hintergrund:

Laut dem EU-Vertrag nominieren die Rats- und Regierungschefs den Kommissionspräsidenten unter Beachtung der Wahlergebnisse des Europäischen Parlaments. Vor der Europawahl 2014 wurde allerdings das Spitzenkandidatenmodell eingeführt. Befürworter dieses Modells fordern, dass die Spitzenkandidaten der Europawahl für das Amt des Kommissionspräsidenten nominiert werden sollen. Gegner dieses Modells (u. a. die Regierungschefs von Frankreich und den Niederlanden) fordern hingegen, dass der Nominierungsprozess alleine bei den Staats- und Regierungschefs liegt.

Brexit: Aktueller Stand und Vorbereitung auf einen No-Deal-Brexit

Die Europäische Kommission hat am 12. Juni 2019 eine Bestandsaufnahme der Vorbereitungs- und Notfallmaßnahmen der EU im Falle eines Brexits ohne Abkommen („No-Deal-Brexit“) vorgelegt. Nach Einschätzung der Kommission sei die EU auf diesen Fall gut vorbereitet.

Bereits seit Dezember 2017 liefen die Vorbereitungen auf einen No-Deal-Brexit, wobei Legislativvorschläge und sogenannte Notfallmaßnahmen verabschiedet wurden (vgl. [Europa Info 2/2019](#), S. 2). Mit diesen sollen sektorspezifische, rechtliche und verwaltungstechnische Aspekte eines ungeordneten Brexit geklärt werden. Die Notfallmaßnahmen umfassen z. B. die Koordinierung der sozialen Sicherheit oder das Funktionieren des Luftverkehrs.

Hintergrund zum aktuellen Verhandlungsstand:

Der Austritt Großbritanniens aus der EU wurde mit einer [Sondersitzung](#) des Europäischen Rates am 10. April 2019 erneut verschoben und Großbritannien eine flexible Verlängerung der Mitgliedschaft bis zum 31. Oktober 2019 eingeräumt. Aus diesem Grund nahm Großbritannien auch an der Europawahl teil. Am 24. Mai 2019 kündigte Theresa May ihren Rücktritt als Parteivorsitzende an. Damit ist auch das Ende ihrer Zeit als Regierungschefin absehbar. Bis Mitte Juli 2019 haben die 160.000 Mitglieder der britischen Tories die Wahl zwischen den zwei Kandidaten Boris Johnson und dem britischen Außenminister Jeremy Hunt als Nachfolger für die Parteivorsitzende May.

In einem No-Deal-Szenario wird das Vereinigte Königreich ohne Übergangsabkommen zu einem Drittland. Das gesamte Primär- und Sekundärrecht der EU wird für Großbritannien ab dem Austrittszeitpunkt nicht mehr gelten.

VERKEHR UND MOBILITÄT

SUMP: Neue Richtlinien und Konsultation

Auf der SUMP-Konferenz vom 17. bis 19. Juni 2019 präsentierte die Europäische Kommission einen englischsprachigen [Entwurf](#) für die Überarbeitung der Richtlinien zur nachhaltigen urbanen Mobilitätsplanung (engl. Sustainable Urban Mobility Plans, kurz SUMP).

Wesentliche Neuerungen sind v. a. die spezifischen Handbücher zu „neuen“ Schlüsselementen der Mobilitätsplanung wie „[Mobility as a Service](#)“, der [Elektrifizierung](#) des Verkehrs oder [automatisiertem Fahren](#). Praktischen Bezug bieten die neuen Ausführungen zu [sauberer Vergabe](#), [städtischer Logistik](#),

[Fahrverbotszonen](#), der [Radmobilität](#) oder dem [Fußgängerverkehr](#). Außerdem wird die zentrale Bedeutung der strukturellen Zusammenhänge eines [funktionalen Raumes](#) für die Mobilitätsplanung akzentuiert.

Bis zum 9. Juli 2019 bittet die Kommission um Feedback zu diesen Richtlinien und Empfehlungen. Die entsprechende englischsprachige [Konsultation](#) richtet sich v. a. an Praktiker aus den Verwaltungen und Verkehrsplaner.

Mit dem [SUMP-Konzept](#) hatte die Kommission 2013 eine [Blaupause](#) für die nachhaltige Verkehrsplanung in Europas Städten vorgelegt, die v. a. Wert auf eine Integration aller Verkehrsmodi, eine langfristige Entwicklungsvision, ein konkretes und messbares Maßnahmenprogramm sowie eine partizipativ angelegte Vorgehensweise legt. Damit soll der Planungsfokus über effiziente Verkehrsflüsse hinaus den Nutzer ins Zentrum stellen und das Ziel einer lebenswerten Stadt stärker in den Blick nehmen. Inzwischen wurden über 1000 SUMPs in der EU entwickelt.

Drohnenverkehr: EU-Kommission erlässt Durchführungsrechtsakt

In einem Durchführungsrechtsakt hat die Europäische Kommission neue Regeln für den sicheren Drohnenverkehr in Europa festgelegt ([2019/947](#)).

Die Bestimmungen erstrecken sich auf die professionelle und freizeitmäßige Drohnenutzung und kategorisieren unbenannte Flugfahrzeugsysteme in die Typen „offen“, „speziell“ und „zulassungspflichtig“. Drohnen der letzten beiden Kategorien werden künftig von den nationalen Behörden geprüft und zugelassen. Ab 2020 müssen sich Drohnenbetreiber dazu national registrieren. Das soll die Behörden zudem in die Lage versetzen, künftig Flugverbotszonen zu definieren und überwachen zu können. Für entsprechende Sperrgebiete kommen Flughäfen oder Stadtzentren in Frage.

Drohnen der offenen Kategorie dürfen nicht höher als 120 Meter und nur von Menschenansammlungen bzw. unbeteiligten Personen entfernt fliegen. Piloten müssen sich immer in Sichtverbindung zum Flugobjekt befinden und mindestens 16 Jahre alt sein.

Die Bestimmungen gelten ab dem 1. Juli 2020. Die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) plant, im Herbst einen Leitfaden zur Umsetzung des Rechtsaktes zu veröffentlichen.

EUGH: PKW-Maut in Deutschland nicht EU-rechtskonform

Die von der Bundesregierung geplante Einführung einer PKW-Maut in Deutschland ist nicht mit dem EU-Recht vereinbar. Das stellte der Europäische Gerichtshof (EUGH) in seinem Urteil vom 18. Juni 2019 fest und gab damit einer Klage der österreichischen und niederländischen Regierungen Recht (Rechtssache [C-591/17](#)). Der Generalanwalt beim EUGH hatte im Februar noch eine Ablehnung dieses Vertragsverletzungsverfahrens empfohlen und auch die Kommission hatte nach Verhandlungen mit dem deutschen Verkehrsministerium die Mautpläne zuletzt unterstützt. Nun können diese allerdings nicht wie geplant umgesetzt werden.

Die Bundesregierung habe, so die [Begründung](#), zwar das Recht, eine PKW-Maut einzuführen. Die angedachte Verbindung mit einer entsprechenden Entlastung bei der KFZ-Steuer für Halter in Deutschland zugelassener Fahrzeuge stelle aber eine „mittelbare Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit“ dar, die dem europäischen Grundsatz des freien Warenverkehrs und des freien Dienstleistungsverkehrs widerspreche. Es handle sich nämlich nicht um eine allgemeine Infrastrukturabgabe, wenn diese wirtschaftlich de facto nur von ausländischen Fahrzeughaltern erbracht werde.

ENERGIE, KLIMA UND UMWELT

Energieunion: Kommission evaluiert nationale Energie- und Klimapläne

Die Europäische Kommission stellte am 18. Juni 2019 ihre Bewertung der vorläufigen nationalen Energie- und Klimapläne (engl. Abkürzung NECPs) vor. Die Kommission begrüßte dabei zunächst, dass alle Mitgliedsstaaten rechtzeitig entsprechende Planwerke zur Prüfung vorgelegt haben. Gleichzeitig identifizierte sie aber Lücken zwischen den Vorhaben der Mitgliedsstaaten und den gemeinsam vereinbarten Zielwerten im Rahmen der europäischen Energieunion.

So beläuft sich die festgestellte europaweite Lücke im Bereich des Ausbaus der erneuerbaren Energien auf 1,6 Prozentpunkte und im Bereich der Energieeffizienz auf 6,2 (Primärenergieverbrauch) bzw. 6 Prozentpunkte (Endenergieverbrauch). Weitere Informationen zum europaweiten Bild finden Sie in der [Pressemitteilung](#) der EU-Kommission, in der deutschsprachigen [Mitteilung zum Gesamtpaket](#) und im englischsprachigen [Faktenblatt zum Gesamtpaket](#).

Das von der Bundesregierung vorgelegte Planwerk übertrifft die EU-Planungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Dagegen seien die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht ausreichend, um die Treibhausgasemissionen, die nicht unter das EU-Emissionshandelssystem fallen, bis 2030 im Vergleich zu 2005 um 38 % zu senken. Die Angaben zur Energieeffizienz hält die Kommission für zu allgemein, um valide einzuschätzen, inwiefern damit bis 2030 32,5 % an Energie eingespart werden kann. Die Kommission empfiehlt außerdem eine stärkere Verknüpfung mit der Luftreinhaltepolitik, eine Integration von Gerechtigkeits- und Fairnessaspekten und fordert eine Aufstellung der verschiedenen Energiesubventionen ein. Weiterführende Informationen zur Bewertung des deutschen NECP finden sich in der deutschsprachigen [Empfehlung](#) oder in der englischsprachigen [Kurzzusammenfassung](#).

Die Mitgliedsstaaten sind nun angehalten, ausgehend von den Empfehlungen, ihre Planwerke bis Ende 2019 zu überarbeiten und anzupassen. Die Regierungen müssen die Öffentlichkeit, aber auch lokale und regionale Akteure bei der endgültigen Ausarbeitung der nationalen Pläne beteiligen. Sollte am Ende dieses Prozesses aus den nationalen Maßnahmenpaketen weiterhin kein Erreichen der gemeinsamen europäischen Energieziele absehbar sein, behält sich die Kommission neue supranationale Legislativvorschläge vor.

Die NECPs wurden im Rahmen der Verordnung zur Steuerung der Energieunion ([EU/2018/1999](#)) Ende 2018 neu eingeführt und sollen die europäischen Energie- und Klimaziele in nationale Maßnahmen zwischen 2021 und 2030 durchdeklinieren (vgl. [Europa Info 07/2018](#), S. 4). Der Abgleich durch die Kommission dient dabei einer besseren Koordinierung zwischen den Mitgliedsstaaten zur

vollständigen Umsetzung insbesondere der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie ([EU/2018/2001](#)) und der Energieeffizienz-Richtlinie ([EU/2018/2002](#)) (vgl. [Europa Info 07/2018](#), S. 4).

Plastikverbot: Richtlinie unterzeichnet

Die Richtlinie [EU/2019/904](#) über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt wurde am 5. Juni 2019 final von Vertretern des Europäischen Parlamentes und des Rates der Europäischen Union unterzeichnet (vgl. [Europa Info 01/2019](#), S. 8).

Die [Richtlinie](#), die u. a. ein Verbot bestimmter Plastikprodukte beinhaltet, wird nun im Amtsblatt der EU veröffentlicht und tritt 20 Tage später in Kraft. Sie muss dann binnen zwei Jahren in nationales Recht umgesetzt werden.

WIRTSCHAFT, FORSCHUNG UND INNOVATION

Digitalisierung: Rat-Schlussfolgerung und Kommissions-Index

Der Rat der Europäischen Union verabschiedete am 7. Juni 2019 eine englischsprachige [Schlussfolgerung](#) „zur Zukunft eines hochdigitalisierten Europas nach 2020: Förderung der digitalen und wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit in der gesamten Union und des digitalen Zusammenhalts“.

Die Mitgliedsstaaten betonen darin die zentrale Rolle einer effektiven, digitalisierten öffentlichen Verwaltung, die u. a. dem „Once-only¹“-Prinzip folgt. Dazu sei neben dem europäischen Einheitlichen Digitalen Zugangstor ([EU/2018/1724](#), vgl. [Europa Info 08/2018](#), S. 6) auch eine „Konsolidierung“ gemeinsamer Standards und digitaler Bausteine wie der „digitalen Service Infrastruktur“ ([DSI](#)) erforderlich. Angesichts des Potentials u. a. für die Gesundheitsversorgung müsse die öffentliche Hand auch bei der Einführung von künstlicher Intelligenz unterstützt werden.

Die Mitgliedsstaaten fordern die Europäische Kommission außerdem auf, sowohl das aktuelle Wettbewerbsrecht als auch die Beihilferegeln für eine schnellere Genehmigung von Breitbandinfrastrukturinvestitionen zu überprüfen. Bürokratische und finanzielle Barrieren für digitales Unternehmertum müssten zudem reduziert, Besteuerungssysteme an das digitale Zeitalter angepasst und die Auswirkungen der Digitalisierung auf Beschäftigungs- und Bildungssysteme in den Blick genommen werden.

Außerdem wird in der Schlussfolgerung die Kommission aufgefordert, über die am 20. Juni 2019 final unterzeichnete [PSI-Richtlinie](#) (vgl. [Europa Info 04/2019](#), S. 6 und [Europa Info 02/2019](#), S. 3) hinaus Wege zur Wiederverwendung von Informationen des privaten Sektors zu untersuchen.

¹ Unter dem Once-Only-Prinzips müssen die Bürger den Verwaltungen bestimmte Standardinformationen nur noch einmal mitteilen. Analog zu den Datenschutzbestimmungen und der expliziten Zustimmung der Nutzer ist es der öffentlichen Verwaltung dann erlaubt, die Daten wiederzuverwenden und untereinander auszutauschen.

Zeitgleich veröffentlichte die Europäische Kommission den Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft 2019 ([DESI](#)). In diesem Ranking der digitalen Leistungsfähigkeit liegt [Deutschland](#) mit Platz 12 im Mittelfeld. Insbesondere im Bereich des eGovernments und der digitalen Behördendienste verläuft der Fortschritt in der Bundesrepublik dabei langsamer als in den Nachbarstaaten (Platz 24 von 28). Weitere Informationen sind nach Ländern und Kategorien geordnet [hier](#) abrufbar sowie im statistischen [Portal](#) der Kommission vergleichbar.

Horizont 2020: Förderaufrufe zu Forschung und Innovation im Energiesektor

Im Rahmen des europäischen Förderprogramms für Forschung und Innovation, [Horizont 2020](#), öffnen im 2. Halbjahr 2019 einige thematische Förderaufrufe für Projekte im Bereich Energie.

Projekte zum Schwerpunkt Energieeffizienz können zwischen 16. Juli 2019 und 15. Januar 2020 eingereicht werden. Die Aufrufe zu intelligenten Energiesystemen sowie der Aufruf zu „Smart Cities and Communities“ ([LC-SC3-SCC-1-2020](#)) und zu „Smart Airports“ starten am 3. September (Deadline 29. Januar 2020). Die Aufrufe zu Forschungs- und Innovationsprojekten im Bereich Erneuerbare Energie öffnen am 3. Dezember (Deadline 21. April 2020). Detaillierte Informationen werden auf dem [Teilnehmerportal](#) verfügbar sein.

Für eine Förderung zwischen 70 und 100 % der Projektkosten müssen sich mindestens drei Forschungseinrichtungen, Organisationen, Unternehmen oder öffentliche Stellen aus drei verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten in einem Konsortium bewerben. Eine frühzeitige Konzeption und internationale Partnersuche ist daher unerlässlich.

Weitere allgemeine Informationen finden sich auf unserer [Homepage](#). Erläuterungen zum [Bewerbungsverfahren](#) und vertiefende Informationen finden Sie auf der [Seite](#) der Nationalen Kontaktstelle im Bundesministerium für Bildung und Forschung.

FOLGEN SIE UNS AUF TWITTER!

Wir sind auf Twitter aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und mit Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder Preisausschreibungen aus Brüssel zu vernetzen. Twitter ist der größte Kurznachrichtendienst weltweit. Bleiben Sie ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie nach [@RegionFrankfurt](#) suchen und auf „Folgen“ klicken. Der Twitter-Newsfeed ist auch auf unserer [Homepage](#) eingebettet.



FrankfurtRheinMain
@RegionFrankfurt

European Office of the Metropolitan Region FrankfurtRheinMain (Brussels) linking one of Europe's most dynamic + innovative regions with EU institutions/policies

Brussels, Belgium
europabuero-frm.de
Beigetreten Oktober 2011

69 Fotos und Videos



FrankfurtRheinMain @RegionFrankfurt · 6 Std.
Europa gibt es nicht zum Nulltarif!
--> leistungsfähiges #EU-#Budget
--> Fokus auf #Digitalisierung + #Mobilität
--> #Mitverantwortung kommunaler + regionaler Akteure

#FRM-Position zu #MFR-Verhandlungen: europabuero-frm.de/Unser-Service/...
@EUinmyRegion @HBraun @OlafScholz @GOettingerEU

ZURÜCK ZUR NEWS-ÜBERSICHT

25.06.2019

MFR-Stellungnahme: Europa gibt es nicht zum Nulltarif!



Um ein starkes Europa und eine gelungene europäische Zusammenarbeit gestalten zu können, sind ausreichend finanzielle Mittel erforderlich – das betonte das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain in seiner Stellungnahme zum mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027. Trotz des BREXITS dürfe es angesichts neuer Herausforderungen in Europas Regionen künftig unter dem Strich nicht weniger Geld von den Mitgliedsstaaten für die EU geben.

Rouven Kötter

3 4

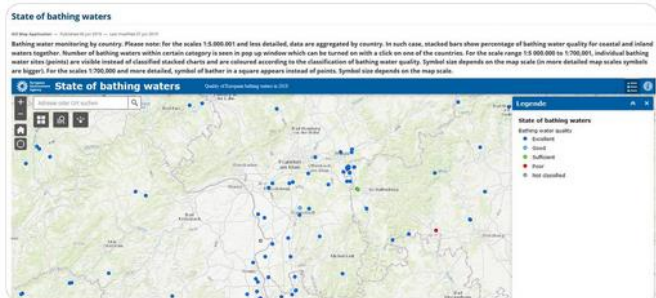
FrankfurtRheinMain @RegionFrankfurt · 24. Juni
Der #Europäische #Innovationsanzeiger 2019 zeigt: die Gebiete der #Metropolregion #FrankfurtRheinMain sind in in der europäischen #Spitzengruppe! @finditinfm



Wolfgang Petzold @WolfgangPetzold
2019 regional (and national) innovation scoreboards published by the European @EU_Commission e.europa.eu /growth/industr... national: interactivetool.eu /EIS/EIS_2.html# @EUinmyRegion @EU_Eurostat ...

1

FrankfurtRheinMain @RegionFrankfurt · 18. Juni
Wie gut ist eigentlich die #Qualität von #Badegewässern in der Region? Mehr im EU-#Gewässerbericht 2019 der @EUEnvironment-Agentur, online mit interaktiver Karte: eea.europa.eu/themes/water/i...



1